

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuß)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Sielaff, Marianne Klappert, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
– Drucksache 13/5210 –

Abschaffung der Käfigbatteriehaltung von Legehennen in der Europäischen Union

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/4039 –

Verbot der Käfighaltung von Legehennen

A. Problem

- a) Der Antrag der Fraktion der SPD geht davon aus, daß unter dem Druck der Suche nach immer billigeren Produktionsmethoden in der Landwirtschaft eine extrem intensive Form der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere entstanden ist, die Aspekte des Tierschutzes eindeutig hinter ökonomischen Interessen zurückstehen lasse. Im übrigen ermögliche die derzeit gültige Legehennenverordnung den Tieren nicht einmal ein halbwegs artgerechtes Verhalten. Zu lange sei in Deutschland die Forschungsarbeit vornehmlich auf die Fortentwicklung der Käfighaltungssysteme konzentriert worden.
- b) Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, daß eine tierschutzkonforme Käfighaltung von Legehennen nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre in der Praxis nicht möglich ist. Verstöße gegen das Tierschutz- und Lebensmittelbedarfsgegenstände-gesetz seien in agrarindustriellen Geflügelbetrieben die Regel. Alternativen wie Boden- und Freilandhaltung hätten bisher nur eine untergeordnete Bedeutung.

B. Lösung

- a) In dem Antrag der Fraktion der SPD wird die Bundesregierung aufgefordert, sich insbesondere für eine unverzügliche Vorlage des bereits zum 1. Januar 1993 fälligen Berichtes der EU-Kommission über den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Wohlbefinden der Hennen in verschiedenen Haltungssystemen einschließlich etwaiger Anpassungsvorschläge einzusetzen sowie auf eine Revision der einschlägigen EU-Richtlinie hinzuwirken, um die Käfighaltung nach einer angemessenen Übergangsfrist EU-weit zu verbieten.
- b) Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung vor allem dazu auf, ein sofortiges nationales Verbot der Käfighaltung von Legehennen mit entsprechenden Übergangsfristen auszusprechen und sich für ein entsprechendes Verbot auf EU-Ebene einzusetzen.

Der Ausschuß lehnt die Forderungen der Fraktion der SPD sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab und spricht sich für eine Annahme der Beschlußempfehlung aus.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Annahme des Antrages der Fraktion der SPD bzw. des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Anträge – Drucksachen 13/5210 und 13/4039 – abzulehnen und folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest,

Aufgrund ihrer hygienischen und ökonomischen Vorteile – dies hat auch der Bundesrat in seiner EntschlieÙung vom 3. Mai 1996 festgestellt – hat sich die Käfighaltung von Legehennen weltweit durchgesetzt. Sie entspricht allerdings nicht der Forderung nach Artgerechtigkeit und ist deshalb aus tierschutzrechtlicher Sicht erheblich zu kritisieren.

Demzufolge wird oft ein Verbot der Käfighaltung gefordert.

Ein einseitiges nationales Verbot der Käfighaltung würde aber aufgrund des starken Wettbewerbs im Eiersektor innerhalb der EU die deutsche Geflügelwirtschaft in ihrer Existenz gefährden und darüber hinaus lediglich das Tierschutzproblem in Mitgliedsstaaten mit weniger restriktiven Vorschriften verlagern.

Ziel muß die EU-weite Verbesserung des Tierschutzes für Legehennen sein; dazu sind geeignete Haltungssysteme zu entwickeln.

Die EG-Richtlinie von 1986 stellt zwar einen ersten Schritt der Europäischen Gemeinschaft zur Verbesserung des Tierschutzes für Legehennen dar, reicht aber nicht aus. Deshalb ist die EG-Kommission aufgefordert, einen Bericht über den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Wohlbefinden der Hennen in den verschiedenen Haltungssystemen und gegebenenfalls geeignete Anpassungsvorschläge vorzulegen.

Dieser Bericht hätte von der Kommission vor dem 1. Januar 1993 vorgelegt werden müssen, was aber bis heute nicht geschehen ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bei der EG-Kommission die Vorlage des ausstehenden Berichtes anzumahnen,
2. eine erneute Diskussion der Richtlinie mit dem Ziel einzuleiten, das Verhalten der Tiere stärker bei den Haltungsvorschriften zu berücksichtigen und dazu die Entwicklung geeigneter Haltungssysteme voranzutreiben,
3. darauf hinzuwirken, daß die Forschung für geeignete Haltungssysteme EU-weit verstärkt und koordiniert wird. Dabei muß auch die Nitrat- und Hygieneproblematik bei der Bodenhaltung untersucht werden;

4. eine Studie über die strukturellen Änderungen der Produktions- und Haltungsformen sowie des Marktgeschehens einzuleiten, die durch ein Verbot der Käfighaltung ausgelöst würden. Zudem ist zu prüfen, wie angesichts der internationalen Handelsabkommen (z. B. WTO) ein ergänzender Marktschutz aufgebaut werden kann;
5. in zwei Jahren, spätestens in drei Jahren einen Ergebnisbericht über die Erforschung von geeigneten Haltungssystemen vorzulegen.“

Bonn, den 11. Dezember 1996

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Meinolf Michels
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Meinolf Michels

1. Beratungsgang

Zu Buchstabe a (Drucksache 13/5210)

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 125. Sitzung am 26. September 1996 den Antrag – Drucksache 13/5210 – beraten und federführend an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 6. November 1996 beraten und empfiehlt dem federführenden Ausschuß einstimmig bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS die Annahme der Ziffern 1, 3 und 4 der Vorlage und mit der Mehrheit der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS die Ablehnung der Ziffer 2 der Vorlage.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 11. Dezember 1996 gutachtlich beraten und bei Stimmengleichheit zwischen den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf der einen und den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der anderen Seite sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der federführende Ausschuß hat die Vorlagen sowie einen von den Koalitionsfraktionen bereits in der 54. Sitzung vorgelegten Entschließungsantrag (Ausschuß-Drucksache 13/677 [neu]) in seiner 56. Sitzung am 11. Dezember 1996 beraten.

Zu Buchstabe b (Drucksache 13/4039)

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 138. Sitzung am 14. November 1996 den Antrag – Drucksache 13/4039 – beraten und federführend an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Gesundheit sowie den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Ausschuß für Gesundheit hat den Antrag – Drucksache 13/4039 – in seiner 75. Sitzung am 4. Dezember 1996 beraten und mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 44. Sitzung am 11. Dezember 1996 die Vorlage beraten und ihr mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zugestimmt. Ein im federführenden Ausschuß vorgelegter Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. (Ausschuß-Drucksache 13/677 [neu]) wurde bei Stimmengleich-

heit zwischen den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf der einen und den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der anderen Seite sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS abgelehnt.

2. Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a (Drucksache 13/5210)

Die Fraktion der SPD will mit ihrem Antrag u. a., daß der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordere, daß EU-weit die Entwicklung geeigneter Alternativen zur Käfighaltung zügig vorangetrieben werde. Ferner sei auf nationaler Ebene sicherzustellen, daß in den Bundesforschungsanstalten die Forschungsarbeit speziell im Bereich der Legehennenhaltung auf die Entwicklung geeigneter alternativer Haltungsverfahren ausgerichtet werde. Ferner müsse die Bundesregierung nachdrücklich darauf hinwirken, daß die Europäische Kommission den bereits zum 1. Januar 1993 fälligen Bericht über den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Wohlbefinden der Hennen in verschiedenen Haltungssystemen einschließlich etwaiger Anpassungsvorschläge unverzüglich vorlege. Unbeschadet dessen müßten die Beratungen über eine Revision der Richtlinie mit dem Ziel aufgenommen werden, die Käfighaltung nach einer angemessenen Übergangsfrist EU-weit zu verbieten und einen ergänzenden Außenschutz sicherzustellen.

Zu Buchstabe b (Drucksache 13/4039)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Antragsteller zur Drucksache 13/4039, fordert mit ihrem Antrag die Bundesregierung u. a. auf, ein sofortiges nationales Verbot für die Käfighaltung von Legehennen aus Gründen des Gesundheits- und Verbraucherschutzes nach Artikel 129 EWG-Vertrag auszusprechen. Darüber hinaus sei die Käfighennenhaltung aus tierschutzrechtlichen Gründen zu verbieten. Im übrigen solle sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für ein Verbot der Käfighaltung von Legehennen einsetzen. Darüber hinaus müßten unverzüglich Kriterien für eine gesundheitlich unbedenkliche Boden- und Freilandhaltung von Legehennen national und EU-weit festgelegt werden. Weiterhin sei eine verbindliche Kennzeichnung von Hühnereiern vorzuschreiben.

Die Koalitionsfraktionen fordern in ihrem im federführenden Ausschuß vorgelegten Antrag (Ausschuß-Drucksache 13/677 [neu]) die Bundesregierung auf, bei der EU-Kommission die Vorlage des ausstehenden wissenschaftlichen Berichtes über das Wohlbefinden der Hennen in den verschiedenen Haltungssystemen und gegebenenfalls Anpassungsvorschläge vorzulegen. Auch solle sie auf eine erneute Diskussion der einschlägigen EU-Richtlinie mit dem

Ziel hinwirken, das Verhalten der Tiere stärker bei den Haltungsvorschriften zu berücksichtigen und dazu die Entwicklung geeigneter Haltungssysteme voranzutreiben. Auch soll sie spätestens in drei Jahren einen Ergebnisbericht über die Erforschung geeigneter Haltungssysteme vorlegen.

3. Beratung im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Beide antragstellenden Fraktionen verweisen nochmals auf die vorliegenden Anträge und die dazu aufgeführten Begründungen. Im übrigen wurde seitens der Fraktion der SPD mitgeteilt, daß nunmehr der Bericht des Wissenschaftlichen Veterinärausschusses vorliege, wonach die jetzige Käfighaltung nicht tierschutzgerecht sei und man eindringlich Alternativen fordern müsse. Dies entspreche auch dem Antrag der Fraktion der SPD, europaweit diese Käfighaltung abzuschaffen.

Es handele sich in diesem Bereich eben auch um Massentierhaltung. So sei z. B. in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen, auf 5,8 ha 80 000 Legehennen zu halten. Solchen Mißständen müsse man europaweit Einhalt gebieten. Man habe ausdrücklich langfristige Übergangszeiten vorgesehen, da sich entsprechende Fortschritte nicht kurzfristig erreichen ließen, womit man auch der Position der Koalitionsfraktionen entgegenkomme. Man bedauere daher, daß die Koalition einen eigenen Antrag vorgelegt habe, obwohl Bundesminister Jochen Borchert die Unterstützung ihres Antrages angekündigt habe.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dazu angemerkt, daß man grundsätzlich den Antrag der Fraktion der SPD unterstütze, allerdings ginge der eigene Antrag über den Antrag der Fraktion der SPD insofern hinaus, als man sich darin auch auf den Verbraucherschutz beziehe. Aus Gründen des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes aufgrund der im bisherigen System zur Regel gewordenen Rückstandsbelastung werde ein sofortiges Verbot allerdings inklusive Übergangsregelungen gefordert. Im übrigen sei richtig, daß Alternativen zur Batteriehaltung bisher nur in geringem Maße entwickelt worden seien.

Von der Gruppe der PDS wurde dazu angemerkt, daß es hinsichtlich eines vorgesehenen Verbotes noch keine befriedigende Aussage über geeignete

Alternativen gebe. Selbst von der Bundesregierung sei auf diesen Punkt hingewiesen worden.

Von seiten der Koalitionsfraktionen wurde darauf hingewiesen, daß ein EU-weites Verbot der bisherigen Form der Käfigbatteriehaltung kurz- und mittelfristig nicht zu realisieren sei. Insofern müsse man hinsichtlich des Antrages der Fraktion der SPD, den man grundsätzlich befürworte, in einem Punkt anders vorgehen. Man könne nicht einerseits für ein Verbot der Käfighaltung eintreten und andererseits fordern, zunächst einmal nach alternativen Haltungssystemen zu suchen. Zuerst müsse sichergestellt werden, daß 80 Millionen Verbraucher versorgt würden. Allerdings sei richtig, daß die Entwicklung alternativer Haltungssysteme EU-weit vorangetrieben werden müsse, um langfristig eine praktikable Lösung zur Verfügung zu haben. Im übrigen sei man durch eine Ergänzung des Entschließungsantrages, wonach die Bundesregierung aufgefordert werden solle, spätestens in drei Jahren einen Ergebnisbericht über die Erforschung geeigneter Haltungssysteme vorzulegen, den Bedenken der Opposition im Hinblick auf eine zeitliche Verzögerung entgegengekommen. Insofern lägen die Positionen der Fraktion der SPD und der Koalitionsfraktionen nicht weit auseinander.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5210 – wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4039, Spiegelstrich 1 bis 5 – wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4039, Spiegelstrich 6 – wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der modifizierte Antrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschuß-Drucksache 13/677 (neu) wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS angenommen.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Meinolf Michels

Berichterstatter

